

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe november 2004



thema spezial: gegen filz und korruption

Herausgeber, V.i.S.d.P.
Harald Berzl
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Leipziger Straße 61
10117 Berlin
Tel./Fax: 030 - 208 24 19
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Harald Berzl, Violetta Hartmann, Gaby Heise, Maren Jasper, Kurt Lehner, Erwin Loßmann, Heiko Müller-Nick, Sebastian Nowakowski, Peter Pawlowski, Christian Platzer, Martina Rozok, Christoph Santl, Henner Schmidt, Tim Stuchtey, Sascha Tamm, Corvin Tolle

Autoren dieser Ausgabe

Britta Bannenberg, Alex Ritzmann, Erik Schmidt, Johannes Seybold

Leserbriefe

Hans Werner Bepler, Bernhard S. Elias, Julis Mitte

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.liberalweb.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung ihres Autors wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe november 2004
www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte, mit Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Ordentliche Bundesparteitag 2005 wiederum als „Feldgottesdienst“ abgehalten werden soll, diesmal vor der Landtagswahl in NRW. Das tragende Argument für diese Entscheidung einer Mehrheit im Bundesvorstand war wiederum die Erwartung eines positiven Effektes für den betreffenden Landtags-Wahlkampf. Abgesehen davon, dass man das Gewicht eines solchen Effektes durchaus an dem Bedürfnis der Liberalen nach möglichst offener und authentischer Diskussion messen muss, würde man sich auch die Überlegung wünschen, ob nicht vielleicht gelegentliche „echte Parteitage“ dem langfristigen Erfolg der Liberalen in der Sache und an der Urne zuträglicher wären.

Im Übrigen ist diese Ausgabe von LC als Spezialausgabe zum Thema „gegen Filz und Korruption“ gestaltet, einem ur-liberalen und wichtigen Anliegen, welches nicht nur die Grundlagen einer freiheitlichen Bürgergesellschaft, Fairness und die Wahrnehmung von Fairness, berührt, sondern auch aufgrund der exorbitanten Probleme Berlins in diesem Bereich eine besondere Chance für eine glaubwürdig liberal auftretende FDP bietet.

Auf Landesebene wird, da sind sich die Beobachter einig, der Verband auf dem extra hierfür anberaumten Parteitag Ende November nach langer und teilweise komplizierter Schwangerschaft die „Berliner Freiheit“, liberale Visionen von Berlin, gebären. Insbesondere in den vergangenen Monaten hat der Entwurf des alten Landesvorstandes dabei in der gesamten Partei die in Breite und Tiefe verdiente Diskussion erfahren, und zahlreiche, teilweise radikale Änderungsanträge liegen vor – solche werden übrigens bis zum 11.11. erbeten, um sie noch an die Delegierten versenden zu können. Man darf wohl vorsichtig zuversichtlich sein, dass am Ende eine klare und konsequent liberale Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger von Berlin steht. Möge der „liberale Kompass“, den die „Berliner Freiheit“ eingangs dankenswerter Weise beschwört, den Weg weisen, und möge das Baby keine Ameise sein, auch kein Elefant, sondern ein Tiger.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

**Politik ist das beständige Bohren
dicker Bretter mit Leidenschaft
und Augenmaß.**

Max Weber

Lagebericht des Vorsitzenden

Orientiert an Sache und Ergebnis in die Schlusse etappe des Jahres 2004

von Harald Berzl

Mit erfreulich sach- und ergebnisorientierter Einstellung geht der Bezirksverband Mitte geschlossen in die letzte Etappe des Jahres. Nicht nur die wenig geschmackvolle Inszenierung eines Parteiwechsels im Sommer, auch den disqualifizierenden Stil, den wir jüngst von Teilen eines Ortsvorstandes erleben mussten, mögen wir damit hinter uns gelassen haben.



Am 27. November 2004 findet der außerordentliche Landesparteitag statt, auf dem das Grundsatzprogramm der Berliner FDP für die nächsten Jahre beschlossen werden soll. Dieses Grundsatzprogramm wird uns auch in den Wahlkampf 2006 führen und hat daher eine große Bedeutung. Ich würde mich freuen, wenn Sie auch an der Delegiertenbesprechung zum Landesparteitag, für den noch gesondert eingeladen wird (Ortsverbände werden die Einladung des Bezirksverbandes für die Bezirksdelegiertenbesprechung weitergeben). Dort haben Sie dann Gelegenheit im Vorfeld über die Fragen zu sprechen, die Ihnen noch am Herzen liegen.

Die Berliner Freiheit nimmt zu vielen liberalen Themen Stellung: Verkehrspolitik, Wirtschaftspolitik, Innen- und Rechtspolitik, Umweltpolitik, Verwaltungsmodernisierung und aktivierender Staat, Bauen, Wohnen, Kultur usw.. Die FDP Berlin hat damit Gelegenheit, auf dem Landesparteitag für ein liberales und liebenswertes Berlin die Weichen zu stellen.

Für Mittwoch, den 24. November 2004 lädt der Bezirksverband mit Blick auf den Landesparteitag die Haupt- und Ersatzdelegierten des Bezirks zur Besprechung. Der Stammtisch der FDP Mitte, welcher üblicherweise zu jener Zeit (19.30 Uhr am letzten Mittwoch im Monat im Löwenbräu am Gendarmenmarkt) stattfinden würde, entfällt dadurch. Ich würde mich aber freuen, Sie dort im neuen Jahr wieder begrüßen zu können.

Harald Berzl (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Der Bezirks-Schatzmeister

von Corvin Tolle

Etwas überraschend bin ich vor einigen Monaten FDP-Bezirks-schatzmeister geworden, nachdem die Vorgänger nicht die nötige Ausdauer hatten. Meine Tätigkeit stelle ich Ihnen vor:



Das Parteiengesetz legt sehr hohe Maßstäbe an die Schatzmeisterei der Parteien an, für jeden Verstoß sind hohe Beträge an den Bundestags-präsidenten abzuführen. Damit werden mögli-che Unregelmäßigkeiten schnell unterbunden – anders als in anderen Organisationen wie der mir als Segler nahe stehenden Sail Trading Association Germany (STAG), wo der Schatzmeister 589.211,44 Euro spekulativ angelegt und veruntreut hat, so dass die berühmte Bark „Alexander von Humboldt“ („Beck’s“) in 2006 nicht in neuen Glanz wird erscheinen können. Bei uns ist das alles ganz anders. Der Bezirks-schatzmeister sammelt von den OVs monatlich die Abführungen ein, die zum größten Teil an den Landesverband in Höhe von 5,11 Euro pro Mitglied weiter geleitet werden. Die restlichen Beträge bleiben beim Bezirksverband, also auf dem Bezirkskonto und werden hier für Wahlkampf, Veranstaltungen, Internetdarstellung und für Druck und Versand von LC verwendet. Deshalb mein Appell an die lieben Leser: Bitte zahlt regelmäßig Eure Mitgliedsbeiträge, sonst sitzen wir schnell auf dem Trockenen.

Die Buchhaltung erfolgt durch den liberalen Parteiservice (LIPS), der pingelig alle Belege auf Vereinbarkeit mit dem Parteiengesetz prüft und jede meiner Kontierungen unter die Lupe nimmt. Für LIPS muss ich deshalb monatlich die Belege aufarbeiten.

Außerdem versuche ich natürlich, Spenden für unseren Bezirksverband einzuwerben.

In diesem Jahr werden wir einen leichten Über-schuss erwirtschaften, den wir für den Monster-Wahlkampf 2006 auf die hohe Kante legen müssen. Dann werden wir jeden Euro dringend brauchen. Aber auch jetzt ermöglichen zusätzli-che Spenden dem Bezirksverband, weitere Ver-anstaltungen und Aktionen zur Ansprache un-serer Wähler durchzuführen. Sprechen Sie also ruhig Bekannte und Freunde an und werben Sie für Spenden an unseren Bezirksverband, jeder Betrag ist willkommen!

Corvin Tolle (OV Oranienburger Tor) ist Schatzmei-ster der FDP Mitte und Mitglied der BVV Mitte.

Gast-Kommentar**Korruption in Deutschland****von Britta Bannenberg**

Transparency International hat im Oktober den internationalen Korruptions-Wahrnehmungs-Index (CPI) veröffentlicht, im internationalen Vergleich liegt Deutschland auf Platz 15 der Skala. Mit diesem Index lässt sich die tatsächliche Belastung eines Landes mit Korruption ebenso wenig realistisch abbilden wie mit der Polizeilichen Kriminalstatistik oder Lagebildern des Bundeskriminalamtes. Das liegt daran, dass die Korruption ein enorm hohes Dunkelfeld aufweist, schätzungsweise höchstens einige Prozent der tatsächlich begangenen Korruptionsstraftaten bekannt werden und deren Entdeckung vor allem von funktionierenden Kontrollstrukturen geprägt wird. Bei allen statistischen Unsicherheiten aber zeigt der CPI deutlich das weltweite Problem an. Auch wenn vor allem die Entwicklungsländer massiv von Korruption in allen Facetten betroffen sind, kann sich kaum ein führender Industriestaat zurück lehnen – nicht zuletzt, weil deren Unternehmen weltweit agieren und Korruption als Geschäftspolitik nutzen.

Auch in Deutschland ist davon auszugehen, dass Korruptionsbekämpfung nach wie vor nur sehr halbherzig geschieht, man überlässt den überlasteten Strafverfolgungsbehörden die gelegentliche Aufdeckung und berichtet in den Medien vor allem dann, wenn sich „Skandale“ personalisieren lassen. Dieser kurzsichtige Blick verstellt den Blick auf die auch in Deutschland im Wachsen befindliche Branche: Korruption in Deutschland ist vor allem ein Problem der Wirtschaftskriminalität, gekauft werden auf Dauer angelegte Beziehungen, um staatliche Kontrollen und die Konkurrenz zum eigenen Nutzen auszuschalten. Kontrollen in Verwaltungen und Unternehmen unterbleiben, obwohl viele Kontrollgremien dazu berufen sind, Schmiergeldpraktiken vorzubeugen und die enormen materiellen Schäden durch die typischerweise begleitend auftretenden Betrugs- und Untreuehandlungen sowie Steuerhinterziehung und -verschwendungen zu vermeiden, mindestens zu erschweren oder auf Schadensersatz zu dringen.

Es liegt in der Verantwortung eines Jeden, gleichgültig in welcher beruflichen oder gesellschaftlichen Stellung, zu bestimmen, in welchem Ausmaß sich die Korruption als eines der Krebs-Übel der Gesellschaft in Deutschland etabliert.



Der Kampf gegen die Korruption wird letztlich nicht durch die Justiz, nicht durch härtere Gesetze oder noch so wasserdichte Kontrollen gewonnen, sondern in den Köpfen der Bürger entschieden. In einem korruptionsfeindlichen Klima kann und wird das Schmiergeldunwesen nicht gedeihen.

Die Stärke der Demokratie eines Landes hängt wesentlich davon ab, inwieweit undemokratische, weil nicht transparente Amigobeziehungen und Seilschaften, Ämterpatronage und Nepotismus, all die Formen der Klientelwirtschaft, die das Gemeinwohl hinterstellen, Schwarze Konten und anonyme Großspender politischer Parteien, die nicht aus dem Dickicht von Filz und Klüngel heraustreten, geduldet werden.

Ein Gesamtkonzept von präventiven und repressiven Maßnahmen verspricht Erfolg, es bleibt jedoch noch viel zu tun. Zwar sind in Bund und Land eine Anzahl von Verwaltungsrichtlinien zur Korruptionsprävention auf den Weg gebracht worden, deren Umsetzung steht jedoch in der Praxis noch weitgehend aus. Um Fiskus und Wettbewerb zu schützen, sind korrumnierende Unternehmen vom Wettbewerb auszuschließen und in einem Korruptionsregister zu erfassen. Die Einführung eines Unternehmensstrafrechts verspricht Abschreckung. Wettbewerbsklauseln könnten lukrative Wechsel vom Amt gerade in solche Unternehmen der Privatwirtschaft erschweren, die während der dienstlichen Tätigkeit auffällig protegiert wurden. Einige Gesetzeslücken bestehen nach wie vor. Es seien nur die Stichworte Abgeordnetenbestechung, verbesserte Gewinnabschöpfung, Telefonüberwachung, Kronzeugenregelung und verbesserter Zeugen- und Informantenschutz genannt. Die Organisation der Strafverfolgung sowie deren personelle Verstärkung durch kompetente und spezialisierte Kräfte ist weiter anzumahnen. Transparenz der Verwaltungsstrukturen durch ein funktionierendes Informationsfreiheitsgesetz ist weiter Zukunftsmusik. Vonnöten sind vertrauliche Ansprechpartner für Hinweisgeber zum Beispiel durch Vertrauensanwälte in Unternehmen oder durch Ombudsleute. Die Verbesserung der Kontrollen erschöpft sich bislang in Worthülsen wie Rotation, Vier-Augen-Prinzip und ethischen Selbstverpflichtungserklärung, Worte, denen - viel zu selten - Taten folgen.

Professor Dr. Britta Bannenberg lehrt Kriminologie und Strafrecht in Bielefeld und ist Autorin von „Korruption in Deutschland. Portrait einer Wachstumsbranche“

Zum Thema

Gift und Therapie

von **Alexander Ritzmann**

„Keine Festungsmauer kann hoch genug sein, als dass sie ein mit Gold beladener Esel nicht besteigen könnte.“ Schon in der griechischen Antike war bekannt, dass fast jeder käuflich ist. Alles nur eine Frage des Preises. Für eine freiheitliche Bürgergesellschaft aber sind Filz und Korruption ein lähmendes Gift. Auch muss gerade Berlin mit seiner unrühmlichen Filzgeschichte, auch wenn es manchem nicht gefallen mag, jetzt Vorreiter bei der Korruptionsbekämpfung werden.



1. Berlin braucht ein Gesetz zur Förderung der politischen Hygiene, das Posten-Geschacher à la Bananenrepublik ein Ende bereitet. Die Gesetze müssen dahin gehend novelliert werden, dass Senatoren, Bezirksamtsmitglieder und höhere Landesbeamte nur nach einer Karenzzeit von fünf Jahren in ein Landesunternehmen wechseln dürfen. Ebenso wenig darf es in Zukunft vorkommen, dass Angehörige dieses Personenkreises in einem Aufsichts- oder Verwaltungsrat eines Landesunternehmens Gehaltserhöhungen für Mitglieder der Geschäftsleitung beschließen, von denen sie später in der Geschäftsleitung selbst profitieren. Für Aufsichts- und Verwaltungsräte gilt insoweit nach dem Willen der FDP eine zehnjährige Karenzzeit.

2. Berlin soll nach Vorbild von Niedersachsen eine Internetplattform einführen, die es ermöglicht, der Polizei anonyme Hinweise über Fälle von Korruption zu geben. Post und Telefon sind hier kommunikative Einbahnstraßen - nach der anonymen Meldung ist keine Kontaktaufnahme zum Hinweisgeber mehr möglich. Dies ist aber oftmals erforderlich um die Glaubwürdigkeit des Hinweises zu beurteilen oder den Sachverhalt zu konkretisieren.

3. Viele Formen von Korruption werden durch das Betreiben von und die Beteiligung an Wirtschaftsunternehmen durch den Staat überhaupt erst möglich. Auch deshalb treten wir für eine Aufgabenwahrnehmung durch Private und eine Veräußerung der Landesbeteiligungen ein.

Unser Berlin braucht eine klare Therapie, die Liberalen bieten sie an.

Alexander Ritzmann MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf) ist stellv. Vorsitzender FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus und deren Sprecher für Inneres

Zum Thema

Auch in Mitte ?

von **Henner Schmidt**

Wie überall, wo es Geld zu verteilen gibt, ist auch im kommunalen Bereich immer die Gefahr der Korruption gegeben. Das Bezirksamt hat sehr viele Aufträge zu vergeben – von Bauleistungen über Reinigungsservice bis zur Grünflächenpflege, und Versuche, auf die Vergabe Einfluss zu nehmen, bleiben nicht aus.



Der Übergang von einer geordneten Vergabe zur unerlaubten Beeinflussung zu Lasten des Steuerzahlers ist nicht immer leicht abzugrenzen. Da gibt es Fälle, in denen für mehrere ähnliche Aufträge in Folge einfach wieder derselbe Anbieter beauftragt wird, „da der sich auskennt“. Möglich ist auch die vorzeitige Information nahe stehender Kreise über bevorstehende Ausschreibungen oder das Zuschneiden einer Ausschreibung auf bestimmte Anbieter. Letzteres wurde bei der Ausschreibung der Sanierungszeitungen in Mitte praktiziert, bei der Erfahrungen im Wedding oder in Moabit gefordert wurden, womit nur zwei Anbieter in Frage kamen. Manchmal wird auch überraschend von Ausschreibungen abgewichen; so wurde der Ökomarkt am Hackeschen Markt plötzlich auf zwei Anbieter für die beiden Markttage aufgeteilt, von denen einer aber keine Erfahrungen hatte – in solchen Fällen ist ein Verdacht gegeben.

Der Bezirk Mitte hat mehrere wesentliche Schritte getan, um illegale Einflussnahme auf Vergaben zu verhindern. Es gibt nun eine zentrale Submissions- und Vergabestelle. So ist dafür gesorgt, dass Gestaltung der Ausschreibungen und Vergabe nicht in einer Hand liegen. Die BVV lässt sich zudem im Hauptausschuss regelmäßig über alle Vergaben berichten, die ohne Ausschreibung erfolgt sind – und das ist eine ganze Menge.

Meine Aufgabe als Rechnungsprüfer für die Bereiche Immobilien, Informations- und Kommunikationstechnik und Wirtschaft erlaubt es mir, einzelne Vorgänge intensiv zu untersuchen. Dies werde ich überall dort tun, wo es Unklarheiten oder Verdachtsmomente gibt. Parallel dazu leistet der Rechnungshof mit seinen Untersuchungen einen erheblichen Beitrag im Kampf gegen die Korruption.

Henner Schmidt (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender der FDP-Fraktion in der BVV Mitte

Kommentar aus Mitte

Weniger Parteienwirtschaft

von **Johannes Seybold**

Nach einer Emnid-Umfrage von 2003 glauben 80 % der Deutschen, dass Bestechung durch Parteispenden häufig vorkäme, die höchste aller Nennungen. Eine Gallup-Umfrage von 2002 setzt auch in Deutschland politische Korruption an die Spitze der Problemkala von Korruption. Aufsichtsratsposten von Bundestagsabgeordneten, Parteispenden und der implizierte Kauf von Einfluss sowie Folgejobs von ehemaligen Regierungsfunktionären in Firmen, deren Tätigkeiten sie früher reglementierten, haben zu einem dramatischen Vertrauensverlust Politikern gegenüber geführt.



Korruptionsexperten kritisieren an dem 2002 beschlossenen Parteienfinanzierungsgesetz die Regelung der Parteispenden, die massiven Missbrauch ermöglicht. Parteienfinanzierung sollte transparent sein, d.h. nachvollziehbar und ohne Möglichkeiten der Verschleierung, um die Chancengleichheit der Wählerstimmen nicht zu beeinträchtigen. Angemessene Höchstgrenzen für Spenden, zuverlässige Kontrollen, Offenlegung von Interessenskonflikten der Abgeordneten und adäquate Sanktionsmechanismen sind dazu notwendig. Das Gesetz bleibt jedoch weit hinter den geforderten Rahmenbedingungen zurück, die geeignet wären, das Vertrauen der Bürger in die Ehrlichkeit der Politiker zu stärken.

Die F.D.P. stellt in den Wiesbadener Grundsätzen fest: „Durch Entstaatlichung wird der Einfluss der Parteien zurückgedrängt. Damit verlieren auch zahlreiche Interessenorganisationen die Möglichkeit, den Staat zu instrumentalisieren. Weniger Parteienwirtschaft bedeutet weniger Lobbyismus.“

Das Verfassungsgerichtsurteil vom 26. Oktober 2004, welches das Parteienfinanzierungsgesetz in Teilen als verfassungswidrig erklärt, bietet die Chance, einen erneuten Versuch zur Verbesserung der Transparenz des Spendenwesens an Politiker und Parteien zu starten. Die FDP sollte aus ihrem Selbstverständnis heraus dabei eine Vorreiterrolle übernehmen.

Johannes C. Seybold (OV Wedding), Leiter des strategischen Partnermanagements bei der Bertelsmann-Stiftung, ist Mitglied bei Transparency International

Aus dem Abgeordnetenhaus

Weichenstellung

von **Erik Schmidt**

Knapp zwei Jahre Zeit bleiben, um die programmatische Basis für ein erfolgreiches Wahljahr 2006 zu legen. Dazu war es notwendig, jetzt die Weichen für die Fraktionsarbeit in der noch verbleibende Zeit zu stellen.



Ende Oktober hat sich die Fraktion deshalb auf einer zweitägigen Klausursitzung mit dem weiteren Vorgehen in den Bereichen Staatsaufgabekritik, Verwaltungsreform, Landesbeteiligungen und Stellenabbau beschäftigt.

Mit ca. 60 Anträgen aus der Serie „Mehr Berlin, weniger Staat“ hat die FDP bereits umfassende Vorschläge für den Wegfall von Staatsaufgaben gemacht. Neben der Fortsetzung der Antragsserie mit Vorschlägen aus allen Politikfeldern werden speziell die Bereiche Wirtschaft und Inneres aufgabekritisch durchleuchtet.

Erst kürzlich hat der Senat auf eine Große Anfrage der FDP eingeräumt, dass Wirtschaftlichkeit bei der Bezirksreform 2001 keinerlei Rolle gespielt hat. Für die Fraktion gibt es daher für Initiativen zur Verwaltungsreform eine Menge Raum.

Die Beteiligungen des Landes werden in einer Kartei zusammengestellt. Hierin wird eine Einordnung der Unternehmungen (z.B. hoheitlicher oder privatwirtschaftlicher Bereich) vorgenommen und auch Daten wie Zusammensetzung der Vorstände und Aufsichtsräte inkl. Parteizugehörigkeit eingefügt. Ziel ist die Erarbeitung eines detaillierten Veräußerungszeitplans für alle Landesbeteiligungen.

Das Ziel 40.000 Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen, um eine Zielgröße von maximal 100.000 Stellen bis 2012 zu erreichen, ist in greifbare Nähe gerückt. In den verbleibenden zwei Jahren muss jedoch noch die Einsparung von 14.000 Stellen unterlegt werden. Hierzu liegen erste Ansätze vor, die es auszuarbeiten gilt.

Die Weichen sind gestellt. Nun heißt es Fahrt aufzunehmen, um das Ziel pünktlich zu erreichen.

Erik Schmidt MdA (BV Marzahn-Hellersdorf) ist Sprecher der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus für Forschung und Wissenschaft

Aus der Landespartei

„Berliner Freiheit“

von Maren Jasper

Auf dem LPT am 27. November soll die „Berliner Freiheit“, eine Programmschrift für eine liberale Bürgergesellschaft, beschlossen werden; deren Erstellung wird vom Landesvorstand seit zwei Jahren verfolgt. Bis zum 11. November eingereichte Änderungsanträge werden noch von einer Antragskommision gesammelt und gebündelt. Ein Überblick über 100 Seiten „Berliner Freiheit“:



Grundlegendes zum Begriff der Bürgergesellschaft und ihre Bedeutung für Berlin stehen im Mittelpunkt des ersten Teils..

Teil II unternimmt den Versuch, die Idee der Bürgergesellschaft auf die einzelnen Themenbereiche herunterzubrechen. In allen Kapiteln findet sich ein gedanklicher Dreierschritt wieder: Ziele werden definiert, die aktuelle Lage umschrieben und dann neue Wege, konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele aufgezeigt.

Kernpunkt des ersten Kapitels **Bürgerverantwortung und Marktwirtschaft** ist eine Wirtschaftspolitik, die es schafft, den Standort Berlin attraktiv zu machen – etwa durch eine schlanke Verwaltung, Öffnungsklauseln, die eine Abweichung vom Bundesrecht (z.B. im Tarifrecht) ermöglichen und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements seitens der Unternehmen.

Zur **Wissenschaftspolitik** (Kapitel 2) wird für konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsgedankens geworben: der Gestaltungsspielraum müsse auf der Ebene der Hochschulen oder Fakultäten als Anbieter der Studiengänge liegen. Für die Finanzierung soll aus Landesmitteln ein Zuschuss via Hochschulverträge und Bildungsgutscheine gewährt werden. Die zweite Säule sind Drittmittel, für die Lehre sollen Studienentgelte erhoben werden (ggf. mit einkommensabhängig zurückzuzahlenden Darlehen), und vierte Säule sind Erträge aus einem Stiftungskapital.

Kapitel 3 umfasst die **Verkehrs- und Stadtplanungspolitik**. Um ein wirtschaftspolitisch bedarfsgerechtes Flächenangebot sicherzustellen, soll ein offensives „Berlin-Marketing“ verfolgt werden, das Baulandangebot für Berlin zu verbessern. Zur Sicherung der Mobilität als Grundbedürfnis einer Bürgergesellschaft werden unterschiedliche Maßnahmen vorgeschlagen, so soll sich etwa im Bereich des ÖPNV endlich Wettbewerb und Kundenorientierung durchsetzen.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Punkt des **Bildungskapitels**, Eltern wie Schülern soll Engagement leicht gemacht werden. Dabei ist eine Kooperation mit Unternehmen begrüßenswert, um auch den Jugendlichen Einblicke in Arbeitsalltag und praktisches Arbeiten zu geben. Die „Bürgerstiftung Berlin“ sei ein Vorbild.

Privates Engagement ist auch im **kulturellen Bereich** (Kapitel 5), angesichts knapper Kassen um so mehr, unabdingbar. Stiftungen und Sponsoring müssen unterstützt werden, wichtig seien auch ein städtisches Kulturkonzept und eine effizientere Verwaltung und Organisation.

Selbstverantwortung und Mitverantwortung sind Ziele, die im Kapitel für eine **liberale Familien- und Gesellschaftspolitik** genannt werden – erreichbar mit Bürgerengagement, Erziehung zur Selbstbestimmung und bedarfsgerechter Kinderbetreuung (Kita-Card). In einer Metropole wie Berlin, mit Vielfalt im Zusammenleben, seien Toleranz und Wahlfreiheit in Bezug auf die Gestaltung des Lebens wichtige Säulen. Dies gelte auch für **Zugewanderte**. In Kapitel 7 finden sich zur Migration verschiedene Vorschläge für eine besseren Integration, insbesondere zur einer besseren Vermittlung von Sprachkompetenz.

Gesundheits- und Umweltpolitik und Verbraucherschutz sind in Kapitel 8 zusammengefasst. Für eine bürgernahe und wirtschaftliche Gesundheitspolitik wird vorgeschlagen, die Dominanz landeseigener Einrichtungen in der stationären Versorgung zu Gunsten privater und frei-gemeinnütziger Anbieter zu beenden. Verbraucherschutz entstehe vor allem durch Transparenz und Verständlichkeit von Informationen. Der Bereich Umweltpolitik wurde vom LFA Umwelt neu getextet (wird Ersatzungsantrag). Zur grundsätzlichen Forderung konsequenter Umsetzung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips finden sich hier auch konkrete Vorschläge.

Unter **Innere Sicherheit und liberaler Rechtsstaat** wird bessere Ausstattung von Justiz und Polizei, „Entrümpelung“ der Polizei-Aufgaben und mehr offener Vollzug gefordert, Ausweitung genetischer Datenbanken und flächendeckende Videoüberwachung abgelehnt. Eine bessere Bürgerbeteiligung an Prozessen der Gesetzgebung und Verwaltung (z.B. bezirkliche Bürgerentscheide) wird ebenfalls angesprochen.

Das letzte Kapitel betrifft eine **Fusion Berlin-Brandenburgs**. Hier liege die einmalige Chance, als Modellregion einer liberalen Bürgergesellschaft in Europas Mitte Reformvorreiter zu sein.

Maren Jasper (OV Oranienburger Tor) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP.

Berichte aus Mitte

Die Club-Szene vor den Grünen retten!

Henner Schmidt für die BVV-Fraktion

Das Bezirksamt und die Grünen üben weiterhin Druck auf die Clubszene in Mitte aus. In der letzten BVV haben Grüne, PDS und SPD beschlossen, ein altes Bebauungsplanvorhaben wieder aus der Schublade zu holen. Der Antrag sah sehr harmlos aus, Corvin Tolle hat beim Durcharbeiten der umfangreichen Unterlagen aber gefunden, um was es wirklich geht: Im Planentwurf steht nämlich, die Spandauer Vorstadt (Oranienburger Str. Hackescher Markt etc.) sei ein Wohngebiet, das drohe, zu einem Vergnügungsviertel zu mutieren. Außerdem gäbe es dort eine zu hohe Besucherdichte. Mit dem neuen Plan würde es dann in der Gegend keine Clubs mehr geben, Restaurants dürften nur noch wenige Plätze haben. Die Grünen schaffen es so noch, die wenigen Teile von Mitte, in denen noch richtig Leben ist, zu einer Kiezidylle zu machen.

MOHRENSTRASSE – Die PDS betrachtet den Namen Mohrenstrasse als rassistisch und möchte ihn deshalb ändern. Vielleicht sollte man den Vorschlag eines unbekannten Bürgers aufnehmen, der die Schilder bereits in „Möhrenstr“ geändert hat ...

CDU-BÄUMCHEN – Die CDU hat eine Debatte geführt, statt Pollern in der Spandauer Vorstadt Bäumchen zu pflanzen. Das ganze wurde durch eine schöne Pressearbeit mit Bildern von Bürgern und Bäumchen begleitet. Wir bleiben dabei, dass wir gar keine Verpollerung der Spandauer Vorstadt wollen, ob mit grauen oder mit grünen Pollern. Gegen zusätzliche Bäume neben der Straße haben wir natürlich nichts. Die CDU wollte mit dem Antrag eigentlich nur die Grünen ärgern. Politik vor allem daran auszurichten, wie man die anderen Fraktionen ärgern kann, halten wir jedoch für unsolide. Wir werden stattdessen weiter die Anliegen vorbringen, die uns am Herzen liegen. Bei unseren Themen Abbau von Bürokratie und weniger Schikanen für Gewerbetreibende und Bauherren haben wir sowieso genügend Konfliktpotenzial mit allen anderen.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Telefon 2009 24 365, Fax 2009 24 363
Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

Alles in eine Tonne?

von Maren Jasper

Dass man den gesamten Hausmüll in Zukunft in eine Tonne werfen soll, das wurde am 27.10. im „Cum Laude“ von keinem der beiden Referenten vertreten. Ausgangspunkt der Diskussion, zu der der BV Mitte im Rahmen seiner „umweltpolitischen Gesprächsreihe“ geladen hatte, war die Frage, ob Restmüll und der Plastikmüll der Gelben Tonne zusammen erfasst werden sollen. „Papier und Glas sollen selbstverständlich weiterhin getrennt gesammelt werden“, so Michael Heyde vom Dualen System Deutschland. Mit Birgit Homburger MdB, umweltpolitischer Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, die nach einer Sondersitzung der Fraktion um 21 Uhr herbeieilte, stritt er, ob Rest- und Plastikmüll besser maschinell sortiert werden sollte. Während Homburger dies befürwortete und für eine „scheuklappenfreie Diskussion“ in puncto Mülltrennung warb, bezweifelte Heyde, ob eine maschinelle Sortierung tatsächlich machbar und effizient sei. Rund 20 Anwesende diskutierten im Laufe des Abends mit den Referenten über diese und andere Fragen angeregt.

„Berliner Freiheit“

von Sebastian Nowakowski

Die Ortsverbände der FDP Berlin-Mitte hatten – in Ermangelung einer eigenen Veranstaltung des Bezirkes – zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Thema des neuen Grundsatzprogramms „Berliner Freiheit“ geladen. Am 01.11. gegen 19:30 Uhr fand sich denn auch eine illustre Runde von Bezirksfunktionsträgern im BVV-Saal des Neuen Stadthauses ein. Als Podium, das aufgrund der übersichtlichen Anzahl der Teilnehmer mit den Diskutanten in einer Runde saß, waren Maren Jasper, Stefan Beißwenger sowie Klaus-Peter von Lüdeke geladen. Aktuelle Entwicklungen aus den LFAs wurden von Henner Schmidt und Katja von Maur berichtet. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende, Piotr Pawłowski, hatte die Sitzung moderiert. Nach den einleitenden Worten des Moderators und der Gäste, wurden verschiedene strittige Punkte des Papiers erörtert. Als allgemeine Kritik, die auch schon auf anderen bezirklichen Veranstaltungen angemerkt wurde, wie Herr von Lüdeke berichtete, wurde u.a. die immer noch beachtliche Länge der „Berliner Freiheit“ angeführt. Strittige Punkte ergaben sich außerdem bei den Themen direktdemokratischer Elemente auf Landesebene, bei den Berlin-Brandenburgischen Flughäfen sowie im Umweltkapitel.

Gast: Martin Lindner

Nils Augustin vom OV OT

Wie stellt sich Martin Lindner eine haushaltspolitische Rede im Paradies vor? Ein geräumiger Saal, von einem vorangegangenen Hochzeitsbuffet noch in weißes Textil getaucht, knapp zwei Dutzend dynamische Jungakademiker (zuzüglich drei -innen), die den gewohnt bravurösen Vortrag mit eloquenten Zustimmungsbekundungen ergänzen? Dem wäre unser Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus auf der jüngsten Mitgliederversammlung des OV Oranienburger Tor sehr nahe gekommen. Etwas kontroverser war das Thema der „koalitionspolitischen Positionierung“ der Berliner FDP – etliche Anwesende sahen durch besondere Nähe zur Partei von Landowski und Lummer (und Norbert Blüm) ein klares, eigenständiges Profil der Liberalen in Gefahr, Lindner argumentierte insbesondere aus der Perspektive von Koalitionsoptionen. Blieb hier auch Raum für agreement to disagree, so konnte Martin Lindner das „cum laude“ doch in der Gewissheit verlassen, dass die herzliche Zustimmung zu seiner Parlamentsarbeit in OT zum Grundkonsens zählt.

Eine Reise von Görlitz nach Khartum

Peter Pawlowski für den OV Tiergarten

Eines der Ergebnisse der Nachkriegsordnung in Europa war die Verschiebung der östlichen Grenze Deutschlands auf die Oder-Neiße-Linie. Viele Städte, die auf beiden Seiten der Flüsse lagen, wurden geteilt, die deutsche Bevölkerung, die östlich der neuen Grenze lebte vertrieben und die aus dem ehemaligen polnischen Ostgebiete vertriebenen Polen, angesiedelt. Eine dieser Städte war das fast 1000-jährige Görlitz in Oberschlesien, das von nun an auf der deutschen Seite Görlitz, auf der polnischen Zgorzelec hieß. Die durch die sozialistischen Regime verordnete Völkerfreundschaft bestand nur auf dem Papier. Die persönlichen Kontakte der Deutschen aus der DDR und der Polen, beschränkten sich auf den Erwerb von Mangelwaren, die in der Heimat nur schwer, in dem Nachbarland ein wenig leichter zu bekommen waren. Ansonsten standen sich die DDR-Bürger und die Polen eher feindlich gegenüber.

Die konsequente Politik Ronald Reagans, Margaret Thatchers und des Vatikans, die Gründung von Solidarnosc und der zunehmende Widerstand der Bevölkerungen in fast allen sozialistischen Ländern erzwungen die Politik der Perest-

rojka und führten letzten Endes zum Zusammenbruch des Kommunismus. Für die Generation der heutigen 16-jährigen Deutschen und Polen ist das nur Geschichte.

Doch weniger der Geschichte als der Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen war die diesjährige Klausurtagung des Ortsverbandes Tiergarten gewidmet, die zwischen dem 09. und 10. Oktober in Görlitz/Zgorzelec stattfand. Die Überraschung war groß. Nicht nur die Schönheit der Stadt, die nach der Wende vollständig restauriert wurde, sondern vor allem die Dynamik und die Intensität der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, die von den wirtschaftlichen Großprojekten bis zum ins Detail gehende architektonische Gestaltung der Altstadt reicht haben das triste Bild des Ostens als ein einziges Jammtal relativiert. Und das trotz vieler Probleme, von den beiden Städten tatsächlich geplagt sind. Die Kreativität und zunehmende Offenheit, mit der sich die Deutschen und Polen begegnen, wären ohne Demokratie und Freiheit nicht möglich. Es gibt wohl kaum ein Ort in Deutschland, wo der Prozess der europäischen Integration sichtbarer wäre, als in Görlitz und Zgorzelec. Erfreulich ist, dass die beiden Städte nicht nur ihre wirtschaftlichen Beziehungen verbessert haben, sondern das die kulturelle Zusammenarbeit und die menschlichen Kontakte zunehmen. Der stellvertretende Bürgermeister von Zgorzelec Ireneusz Aniszkiewicz denkt jedoch weiter. Für ihn sind Görlitz und Zgorzelec das, was sie schon immer waren – eine Stadt, die die Neiße nicht trennt, sondern verbindet.

Von einer solchen demokratischen Entwicklung sind die afrikanischen Staaten weit entfernt. Von den menschlichen Katastrophen unbeschreiblichen Ausmaßes, die sich in Afrika regelmäßig abspielen bekommen die Europäer nur wenig mit. Dabei ist der Einfluss der westlichen Demokratien auf die Entwicklung Afrikas kaum zu überschätzen. Dies wurde im Referat von Dr. Helmut Strizek beim letzten Brunch des OV Tiergarten am 31. Oktober mehr als deutlich. Durch die komplizierten Verhältnisse vor Ort fühlen sich die amerikanischen und europäischen Regierungen gelegentlich veranlasst, ihr politisches und militärisches Engagement in Afrika zu beschränken und eher die bequemen Diktatoren als die demokratischen Gruppen zu unterstützen. Mit verheerenden Folgen wie es in Ruanda und neulich im Sudan festzustellen war. Die Devise muß daher lauten: Verantwortung übernehmen, Demokratie und den toleranten Islam fördern! Aus dieser Perspektive betrachtet, liegen Görlitz und Khartum nicht weit voneinander entfernt.

Personalien

(au) Zur alljährlichen Wochenend-„Klausur“ des OV Tiergarten, diesmal im schönen Görlitz, erschuf der Ortsvorsitzende und stellv. Bezirks-



vorsitzende **Piotr Pawlowski** (Foto) den zahlreichen, vergnügten Teilnehmern eine reizvolle Kombination aus Kulturreise, politischen Informationsgesprächen vor Ort, abendlicher Geselligkeit und, naja, bezirkspolitischen Hintergrundgesprächen. Mit dabei unter anderem Pawlowskis Stellvertreter **Michael Saß**, Medienrätin **Antje Pieper**, Afrika-Experte **Helmut Strizek**, OV-Schatzmeister **Michael Herrmann**, Landesvorstandsmitglied **Tim Stuchtey** nebst liberaler Gemahlin **Bettina** und liberalem Nachwuchs **Mieke**. Aus anderen Ortsverbänden waren Gäste gekommen, so etwa aus Friedrichstadt unser Fraktionsvorsitzender in der BVV Mitte, **Henner Schmidt**, aus dem OV Oranienburger Tor u.a. Landesvorstandsmitglied **Maren Jasper** sowie Bezirksvorstandsmitglied **Nils Augustin** und der Ortsvorsitzende **Christian Platzer** oder aus dem Wedding Neumitglied **Natja Denk**.

(au) Am 01.11. diskutierten **Tim Stuchtey** und **Erik Schmidt** MdA (Marzahn-Hellersdorf) das Wissenschaftskapitel der „Berliner Freiheit“ öffentlich mit externen Experten. Selbst der Mitbegründer der Studenteninitiative „unternehmen selbstbeteiligen“, **Jens Bemme**, der sich überraschend als Grüner outete, war weitgehend einverstanden. Auf wenig Gegenliebe stieß die Argumentation des Vorsitzenden der Initiative „an morgen denken“ Prof. **Günter Stock**, der die Erstellung von Bedarfsprognosen für Akademiker verteidigte – Stuchtey traut dem Markt eine bessere Koordinierungsleistung zu.

(au) Engagement im Ringen um eine exzellente „Berliner Freiheit“ zeigt auch der Landesfachausschuss Wirtschaft mit Vorsitz **Volker Thiel** (Treptow-Köpenick). Maßgeblich vorbereitet von **Sylvia Maria v. Stieglitz** (Steglitz-Zehlendorf), **Madeleine Voigt** (OT), **Katja v. Maur** und **Christian Hapke** (beide Tiergarten) beschloss der LFA, auf dem Landesparteitag eine radikale Straffung des Eingangskapitels sowie des Wirtschaftskapitels zu beantragen – Beteiligten zufolge sind nächtliche Arbeitssitzungen im

Hause von von Maur als bleibende Erinnerung geeignet. Voigt: „Wir halten es insbesondere für wichtig, zentrale Aussagen sachlich und klar auf den Punkt zu bringen.“

(au) Am 22. November werden die Liberalen Frauen Berlins einen neuen Vorstand wählen – die bisherige Vorsitzende **Gaby Heise** (Friedrichstadt) gibt dieses Amt im Rahmen ihrer bevorstehenden „politischen Babypause“ auf, und Stellvertreterin **Martina Rozok** (Wilhelmstadt) lässt berufliches Engagement derzeit zu wenig Raum; eine Amtskollegin hatte schon zuvor das Handtuch geworfen. **Monika Schuch** als Stellvertreterin, Schatzmeisterin **Olga Brune** (beide Tempelhof-Schöneberg) und die Schriftführerin **Christine Blasberg** (Steglitz-Zehlendorf) wollen weitermachen. In Gesprächen über mögliche Nachfolge fallen insbesondere die Namen von **Mieke Senftleben** MdA (Reinickendorf) und **Bettina von Seyfried** (Wedding), unserer stellv. BA-Sprecherin, aber auch **Christa Mientus** (Marzahn-Hellersdorf) und **Maren Jasper** (OT) werden genannt..

(ro) Die Wahlversammlung des Weiblichen an Berlins Liberalismus wird im neuen Restaurant „Meera“ in der Leibnizstraße stattfinden, wo sich auch jüngst einige Damen zu ihrem regelmäßigen – auf **Martina Rozok** zurückzuführenden „Weiberessen“ versammelten. Die Gaststätte wird vom Gemahl der Ortsvorsitzenden von Dahlem, Rechtsanwältin **Alexandra Thein** (Steglitz-Zehlendorf), geführt. Mit dabei war auch **Carolin Hegenbarth** (Charlottenburg-Wilmersdorf), die neue Pressesprecherin des durch Fusion von RDM und VDM entstandenen Immobilienverbandes Deutschland (IVD).

(au) Kulturpolitiker **Anno Blissenbach** (OV Wilhelmstadt) ließ sich von der konkurrierenden Anwesenheit von Gerhard Schröder und Otto Schily nicht die Laune verderben und übermittelte zur Übergabe des deutschen Musikpreises an **Udo Jürgens** liberale Glückwünsche.

(au) **Kathrin Schmidt**, Mitarbeiterin der CDU-Fraktion im Bundestag und Gründerin und Ikone des Netzwerkes „BNW“ von jungen Neuberlinern aus Politik und Medien, hat geheiratet. Auf der jüngsten der trefflichen „Politik & Medien“ – Parties des Netzwerks, welche mittlerweile im „Dante“ am Hackeschen Markt gefeiert werden, überreichten ihr Netzwerker einen bunten Strauß an Fernreisen als Hochzeitsgeschenk. Feuchtfröhlich vor Ort waren aus unserem OV OT **Nils Augustin**, **Christopher Gohl** und **Torge Hamkens**, ebenso **Thomas Niemeyer** und **Rudi Hielscher** sowie die ehemalige JuLi-Bezirksvorsitzende von Mitte, **Katrin Jung**.

Leserbriefe

Hans Werner Bepler (BV Reinickendorf)

Sehr geehrter Herr Augustin, vielen Dank für liberal central. Eine gute und interessante Ausgabe!

Bernhard S. Elias (OV Wilhelmstadt)

An dieser Stelle noch mal dickes Lob für die gute Arbeit mit dem LC. Wie mir scheint, bist Du ein Langstreckenläufer! Gratulation!

Junge Liberale Mitte – Mitgliedertreff

Liebe Freundinnen und Freunde von der FDP, auch an dieser Stelle möchten wir uns für Eure finanzielle Unterstützung bedanken und freuen

uns über die neu gewonnene Zusammenarbeit unserer Verbände – eine solche halten wir für sehr wichtig.

Im Laufe dieses Jahres hat uns die intensive Beschäftigung der FDP in Mitte mit Personalfragen etwas irritiert. Wir freuen uns, dass dieses Problem überwunden werden konnte und blicken auf eine konstruktive gemeinsame Zukunft.

Wir freuen uns über Post.

Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
augustin@liberal-central.de

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

Liberale Unternehmer in Mitte: Natja Denk (OV Wedding)



Natja Denk ist Inhaberin der denk tank Ghostwriting und als solche jedem behilflich, der Reden sachliche Stils und von souveräner Nonchalance schätzt. Die Ableitung des Unternehmensnamens von „think tank“ ist Programm: Zum einen, weil der Redestil angelsächsischer Tradition erklärtes Vorbild ist. Zum anderen, weil man hier auf eine Redenschmiede trifft, die konzeptionell denkt und die Kommunikationsstrategien ihrer Kunden beim Weben des Textes als roten Faden mitlaufen lässt. Als Historikerin und Politikwissenschaftlerin, die für die RWE AG gearbeitet hat, bevor sie die Agentur gründete, ist sie in der FDP noch „Freshman“. Ihr Interesse liegt in den Politikfeldern Europa- und Außenpolitik, was sie aber nicht davon abhält, Projekte vor der eigenen Tür, z.B. das der „Berliner Freiheit“, mit Engagement und Initiative zu begleiten. Ihre Erfahrungen in Sachen Marketingkommunikation und Public Relations will sie zudem gern bei organisatorischen Prozessen einbringen, z.B. bei der Optimierung der Mitgliederwerbung und -betreuung sowie der internen Kommunikation.

Liberale Unternehmer in Mitte: Thomas A. Frank (OV Oranienburger Tor)



Thomas A. Frank, geboren 1968 und aufgewachsen in München, war vier Jahre als Techniker und Betriebsführungsoffizier bei den Heeresfliegern. Es folgte eine Ausbildung zum Ergotherapeuten, am Aufbau des neu entstandenen Unfallkrankenhauses Berlin-Marzahn war er in der Abteilung für Physikalische Therapie beteiligt (Ergotherapie, Querschnitt-Rehabilitation und Neurochirurgie). Seit sieben Jahren leitet er als niedergelassener Therapeut eine eigene Praxis, setzt sich mit aufmerksamkeitsgestörten und verhaltensauffälligen Kindern, mit Verhaltenstherapie, Elterntesting und -beratung auseinander. Das Studium der Psychologie, Soziologie und Erziehungswissenschaften an der HU zu Berlin schloss er als Diplom-Pädagoge ab, ist im Promotionsverfahren. Sein wissenschaftlicher Schwerpunkt sind Kommunikationsformen, Störungen und fördernde Aspekte in Gruppenkommunikation, Gruppenprozesse in Arbeitsgruppen; nebenbei wirkt er als Kommunikations- und Organisationsberater. Seit 1996 ist Frank ehrenamtlich für die „Ärzte für die dritte Welt“ in einem Hilfsprojekt in Cali (Kolumbien) tätig, wo er u.a. eine Frühförderstelle für behinderte Kinder mit aufgebaut hat.

Termine

November 2004

- 04.11 20.00h OV Wedding: **Mitgliederversammlung** im Schraders (Malplaquet-Str. 16 B)
09.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
10.11 20.00h OV OT: **Mitgliederversammlung** – Thema: „NGOs versus Parteien“ – Gast: Alexander Pokorny – Info unter www.fdp-ot.de
16.11 20.00h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
19.11 OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** – Gast: Irmgard Schwaetzer – Info unter fdp.violetta.hartmann@email.de
23.11 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss** – Info www.fdp-berlin.de
24.11 19.30h BV Mitte: **Besprechung der Delegierten zum Landesparteitag** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
27.11 10.00h LV Berlin: **Außerordentlicher Landesparteitag** – Thema: „Berliner Freiheit“ – Info unter www.fdp-berlin.de
28.11 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** im Wahlhalla (Krefelder Strasse 6)

Dezember 2004

- 01.12 19.30h Julis Mitte: **Mitgliedertreffen** im Ferrari (Reinhardtstrasse 33)
02.12 20.00h OV Wilhelmstadt: **Weihnachtsfeier** im Machiavelli (Albrechtstrasse 13)
07.12 18.00h OV Friedrichstadt: **Weihnachtsfeier** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
07.12 20.00h OV OT: **Weihnachtsfeier** – Gast: Markus Löning – Info www.fdp-ot.de
09.12 19.30h BV Mitte: **Bezirksausschuss** im Neuen Stadthaus, BVV-Saal (Parochialstr 1-3) – Gast: Markus Löning (angefragt)
14.12 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Erläuterung: Termine von Landesfachausschüssen können in diesen Kalender aufgenommen werden, wenn die Veranstaltung ein Minimum an besonderem sachlichem Bezug zum Bezirk Mitte aufweist.

(au) Neben LC gibt es in der **Berliner FDP** weitere **Medien (auch) interner Kommunikation**.

Der Landesverband wie auch unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus bieten unter www.fdp-berlin.de zwar nicht interaktive, aber sehr informationsreiche und funktionale Webseiten an, jene der Fraktion wurde gar im Expertenurteil zur drittbesten aller Landtagsfraktionen überhaupt gekürt. Im e-mail-Bereich hat die Fraktion einen Newsletter, der Landesverband sendet aktuelle Termine.

Der Landesverband verbreitet als Einlage zur Bundesmitgliederzeitschrift „elde“ im Kalenderquartal vier Seiten „Berliner Liberale“, wobei vom Landesvorsitzenden Markus Löning eine Neukonzeption angedacht ist. Diverse Bezirksverbände geben eine meist pro Kalenderquartal erscheinende Mitgliederzeitschrift heraus, das jüngste Projekt stammt aus Charlottenburg-Wilmersdorf.

Jener Bezirk betreibt mit www.liberalis.de auch eine herausragende, von Björn Jotzo administrierte und in ihrer Interaktivität vorbildliche Webseite, die – der Natur dieses Angebotes inhärent – das (Partei-)leben auch mal ungeschminkt wiedergibt (und dabei an die Teilnehmer, etwa Bezirks-Büroleiterin Julia Bunzel alias Patrick Holbein, Anforderungen nicht nur an Aufmerksamkeit, sondern auch an Charakter stellt).

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.